

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

252 (3.11.1923) 1. und 2. Blatt

Die Vereinigten Staaten und die deutschen Reparationsverpflichtungen

Die Frage der Schulden der Alliierten untereinander und an Amerika spielte bei der Prüfung der Gesamtverpflichtungen Deutschlands an Reparationen seit jeher eine große Rolle und dürfte sie in Zukunft weiter spielen. Das eigentliche Problem leidet, wie schon oft betont, soweit es die rein finanzielle Seite der Frage betrifft, weniger an Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Alliierten, als an Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten selbst. Zwar hat die Entwicklung der Dinge heute den Franzosen starke Vorrechte gesichert, insofern Frankreich heute in erster Linie über die deutsche Geldquelle verfügt und Maßgabe des eigenen Beliebens ausüben kann. Diese Machtposition wird Frankreich bei seinen Verhandlungen mit den Alliierten und mit Amerika mit überlegener Lässigkeit stets in den Vordergrund schieben können, wenn an diesen Staat das Ansehen gestellt werden sollte, seine Ansprüche zurückzuziehen. Bismarck kann heute beinahe sagen: Ich nehme mir, was mir zukommt. Ich habe die Pfänder in der Hand; ich zu, wie eure Interessen dabei nicht zu kurz kommen.

Es dürfte für England und Amerika schwer sein, Frankreich zu veranlassen, in seinen Ansprüchen bescheidener zu werden, solange sie nicht selbst hier mit gutem Beispiel vorangehen. In England sind nun gewisse Strömungen stark geworden, die zu einer Nachgiebigkeit in den englischen Forderungen raten; aber sie werden sich kaum durchsetzen, solange nicht auch die englischen Schulden gegenüber Amerika einen gewissen Nachlass erfahren. Das Baldwin-Abkommen hat von den Amerikanern wohl eine neue und leichtere Form der Tilgung erreicht; aber in der Sache selbst, in der Höhe des Schuldanteils, keinen Vorteil gewonnen. Amerika besteht auf voller Einziehung seiner europäischen Schulden, und das nicht nur England, sondern auch Frankreich gegenüber. Für England hat es sich seit langem gerächt, daß Lloyd George seinerzeit nach Beendigung des Krieges ganz unglückliche Wahlversprechungen gemacht hatte in Bezug auf die Geldforderungen, die er an Deutschland stellen würde; er hat damals von Geldforderungen in Höhe von 200 Millionen Dollars gesprochen. Schon bei den Beratungen auf der Versailler Konferenz waren diese Versprechungen Lloyd Georges für ihn ein Hindernis für eine vernünftige Festsetzung der deutschen Reparationsschulden; und je weniger er selbst sich den deutschen Zahlungsmöglichkeiten anzuwöhnen verstand auf Grund dieser Hemmnisse, um so weniger konnte er Frankreich zu einer Beschränkung seiner Forderungen veranlassen. Auch Wilson ist es damals nicht gelungen, Frankreich bescheidener zu machen, und zwar — wie sich neuerdings auch herausgestellt hat — hauptsächlich deshalb, weil das amerikanische Schikane seinerzeit keinen Nachlass seiner Ansprüche an Frankreich auslösen wollte. Wir erfahren darüber sehr interessante Einzelheiten aus dem zweiten Bande der Wilson-Memoiren, die bekanntlich von dem Privatsekretär Wilsons, M. St. Bafer herausgegeben werden. (Woodrow Wilson, Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles, Verlag: Paul List, Leipzig, Preis 15 Mark). Wir lesen über diesen Punkt da auf Seite 28:

„Mühseligste Bemühung war die Aussicht (nämlich eine vernünftige Beengung der deutschen Reparationsverpflichtungen) von Anfang an durch die Haltung der Vereinigten Staaten beengzt. Während Präsident Wilson sich ganz entschieden gegen den Einfluß der Kriegskosten in die Forderungen gegen Deutschland erklärte, weigerte sich das Schikane der Vereinigten Staaten runderhand, irgendwelche Neuordnung der europäischen Schulden an uns in Betracht zu ziehen. Doch dieser letztgenannte Punkt irgend etwas mit dem vorliegenden Falle zu tun hätte, hat keiner der amerikanischen Vertreter bisher zu machen wollen; dennoch sind die Beziehungen ganz klar. Am 1. März, dem gleichen Tage, an dem die Reparationskommission die Frage

der Kriegskosten an den Feindrat überwies, legte der Ausschuss zur Aufstellung eines Finanzplanes (M. Aloh war Mitglied beider Kommissionen) einen Bericht vor, der folgenden Punkt als ersten den Finanzkommissionären zur Beratung überwies:

„Interalliierte Vereinbarungen über die Konsolidierung, Neuverteilung und Neuauflage der Kriegsschulden.“

Das Schikane der Vereinigten Staaten griff sofort die Herausforderung auf, die es schon allein in der Verhinderung dieses Themas erblickte. In zwei Notizen vom 8. März an die französischen und italienischen Bevollmächtigten in Washington heißt es: „Daß das Schikane weder auf der Friedenskonferenz noch anderswo einer Erörterung irgendeines Planes oder Abkommens zur Erlassung, Konsolidierung oder Neuverteilung der im Besitze der Vereinigten Staaten befindlichen Schuldverschreibungen der fremden Regierungen zustimmen würde.“

Diese Erklärung entbrach zweifellos der öffentlichen Meinung Amerikas. Jeder andere Beschluß hätte im Kongress, der dem Präsidenten obliegt, wo er nur konnte, in den Arm fiel, einen wahren Sturm entfesselt. Aber von dem weiteren Gesichtspunkte des Scheiterns der künftigen Weltwirtschaft aus betrachtet, herabsteuerte die amerikanische Delegation ihres stärksten Argumentes, um die Deutschland auszubühnende Schuldenlast zu ermäßigen. Sowohl Lloyd George wie Clemenceau schenkten sich, die niedrige Summe, auf die die Amerikaner die Reparationen einschätzten, anzunehmen, da sie hinter den Erwartungen ihrer Wähler weit zurück blieb!

Die Amerikaner versuchten, besonders Lloyd George zu überreden, sich mutig auf den Standpunkt der Vernunft zu stellen und die Frage seinem Volke gegenüber durchzusetzen. Sie wetteten direkt auf seinen Erfolg. Aber das Mittel, das diesen Erfolg so gut wie verbürgt hätte, vermochten sie weder ihm, noch Clemenceau zu geben. Wären diese beiden Staatsmänner mit der einfachen Erklärung vor ihre Wählertruppe getreten: „Wir haben uns in der Möglichkeit, Deutschland für alles hoffbar machen zu können, geirrt, die Amerikaner haben uns überzeugt, daß wir nur furchtbar erhalten werden“ — man hätte sie ohne Zweifel aus dem Amte verjagt. Hätten sie jedoch hinzugefügt können: „Die Amerikaner haben uns versprochen, uns in der Lösung unserer Schwierigkeiten beizuhelfen, ja nötigenfalls in ihren Schuldforderungen an uns nachzulassen,“ das Volk hätte vielleicht gemurrt und sich gewundert, das Exempel sich jedoch an den Fingern ausgerechnet und sich zufrieden nach Hause begeben.

Eine „glatte Annullierung“ der Schulden ohne jede Gegenforderung seitens der Vereinigten Staaten wäre natürlich Torheit gewesen — ebenso wie eine völlige Abstrichung eines Staates — aber Amerikas Bereitschaft, einen Teil oder auch die gesamten Schulden als sehr wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau Europas und der ganzen Welt zu erlassen, wäre nicht nur die höchsten amerikanischen Ideale der Dienstbarkeit würdig gewesen, sondern hätte auch eine weit voranschreitende Führerschaft Amerikas begründet. Aber die amerikanische Delegation konnte selbstverständlich keine derartigen Verpflichtungen eingehen, selbst wenn sie den Wunsch dazu gehabt hätte, ohne sofort von ihrer Wählertruppe nach Hause geschickt zu werden, — da sah man also in der Klemme! Das sind Tatsachen, die nicht vertuscht werden dürfen, wenn wir die Dinge schon wollen, wie sie wirklich sind. Ob sie in dieser ungeschickten Weise in Paris diskutiert wurden oder nicht, ist im Grunde genommen belanglos; die Beziehung zu der betreffenden Frage war nun einmal da; und die Ursache übte ihre Wirkung aus. Kein Nachlassen der europäischen Schulden; folglich auch kein Nachlassen der Reparationsforderungen. Wünscht Amerika tatsächlich in einer friedlichen und stabilen Welt zu leben, so wird es dafür zahlen müssen, wie Präsident Wilson es klar erkannte. Es kann nicht gleichzeitig einen Völkerbund haben und auch sämtliche Folgen seiner früheren Forderung genießen. Es muß irgendwelche Verpflichtung zu einer Weltgarantie, wie die in Artikel 10 enthaltenen, auf sich nehmen. Ebenso muß auch Amerika seinen Teil dazu beitragen, wenn die Welt auf wirtschaftlichem Gebiete stabilisiert und das Chaos vermieden werden soll. Einen anderen Weg gibt es nicht!

Wir wissen heute, daß das Reich Amerika nicht so ohne weiteres in der Lage ist, die Summe, welche die europäischen Alliierten ihm schulden zu streichen oder erheblich zu kürzen. Die Zahlungsbilanz Amerikas ist eine passive, wenn man von den ausstehenden Kriegsforderungen absteht. Mit der Unterzeichnung des Baldwin-Abkommens ist Amerika den wirtschaftlichen Notwendigkeiten insofern, wie gesagt worden, entgegengekommen, als es gewisse Erleichterungen in der Form der Tilgung zugelassen hat. Solche Erleichterungen in der Form hat es während der Versailler Friedensverhandlungen noch energisch abgelehnt. Aber mit diesem schwaachen Entgegenkommen wird Amerika die europäischen Wirtschaft nicht wiederherstellen können. Es wird seinerseits einen Schnitt ins eigene Fleisch tun müssen, wenn die bevorstehenden Reparationsverhandlungen einigermaßen von Erfolge sein sollen.

Innere Politik.

„Die harmlosen Kommunisten.“

Die Sozialdemokraten müssen, zumal nach den jüngsten Ereignissen, einen sehr schweren Kampf gegen die Kommunisten führen. Der Vorwärts veröffentlicht jetzt, um die „Harmlosigkeit“ der Kommunisten, auf die selbst noch in weiten Kreisen der sozialdemokratischen Anhänger gebaut wird, zu beweisen, „Achtlinien“, die in einer Sitzung der R.P.D.-Zentrale in den ersten Septembertagen bekannt gegeben worden sind. Sie haben folgenden Wortlaut:

1. Aufruf an die Bauernschaft zur freiwilligen Abgabe von Getreide und Lebensmitteln.
2. Verlangt dieser Aufruf, werden bewaffnete Arbeitertruppen mit der Beschlagnahme der Lebensmittel beauftragt.
3. Verbot der gesamten Presse.
4. Die Parteiführer werden in erster Linie festgenommen.
5. Wird der neuen kommunistischen Regierung von irgend einer Seite oder Person Widerstand entgegengeleitet, so erfolgt rücksichtslos die Todesstrafe.

Weiter werden Mitteilungen veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß die Kommunisten planmäßig eine Aktion vorbereiten und zu diesem Zweck unter allerlei Täuschungen und Vorwänden auch die Sozialdemokraten zu gewinnen suchen. Zahlreiche Waffensumme, die in letzter Zeit in Berlin gemacht wurden, geben übrigens einen besonderen Beweis für die kommunistische „Harmlosigkeit“.

Württemberg und die Reichssteuer.

Stuttgart, 31. Okt. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, Stellungsnahmen zufolge sind in Bayern Verordnungen im Gange, die auf eine Verneuerung der Beschaffung der Anfang November fälligen Rote der Arbeitgeber- und der Landabgabe hinauslaufen. Wie schon mehrfach bekanntgegeben, hat die württembergische Regierung wiederholt die schärfsten Bedenken gegen diese Steuern in ihrer jetzigen Form und Höhe geltend gemacht und mit allem Nachdruck eine rasche Änderung des Reichssteuergesetzes über die Besteuerung der Betriebe gefordert. Sie hat ihre Vorstellungen wachsend in dringlicher Form wiederholt und das Reichsfinanzministerium aufgefordert, an eine sofortige Umgestaltung der Betriebssteuer heranzutreten und schon für die Novembertermine die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Die württembergische Regierung wird auch weiterhin mit allen ihr zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mitteln für die Verwirklichung ihrer Überzeugung wirken, muß es aber entschieden ablehnen, eine ungeschickliche Steuerverneuerung irgendwie zu unterstützen.

Verdoppelung der Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 3. Nov. Die Unterhaltungsätze für die Erwerbslosen betragen vom 29. Oktober bis 3. November in allen Stufen das Doppelte der Vorwoche. Wegen ausreichender Vorküffe für die kommende Woche folgt rechtzeitige Mitteilung. Im besetzten Gebiet beträgt die Hauptunterstützung das 1 1/2 fache.

Steuerfragen.

Umsatzsteuer. Bisher hatten die Steuerpflichtigen, deren Umsatz im Jahre 1922 mehr als 15 Millionen Mark betrug, bis zum 10. jeden Monats aus den Umsätzen des Vormonats eine Abschlagszahlung auf die Umsatzsteuer zu leisten. Die durch die Steuerreform-

tungsüberordnung getroffene Neuordnung der Umsatzsteuerzahlungen ist nach einer Mitteilung der Steuerabteilung der Handelskammer Karlsruhe vielfach noch unbekannt. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß die Abschlagszahlung für Oktober bis einschließlich 7. November zum Papiermarkbetrag ohne Erhöhung entrichtet werden kann; vom 8. November ab ist aufgemertzt zu zahlen und vom 11. November ab noch unter Zurechnung der Verzugszinsen vom Goldmarkbetrag.

Neuerung des Weinsteuergesetzes. Nach § 105 Abs. 1 der Reichsabgabenordnung hatten die Weinsteuerpflichtigen bisher einen Anspruch auf Zahlungsaufschub fälliger Beträge. Durch Verordnung vom 26. Oktober 1923 (RGBl. I S. 998) ist dieser Anspruch aufgehoben und bestimmt worden, daß aufgeschobene Weinsteuerbeträge, die am 1. November 1923 noch nicht entrichtet sind, bis zum 7. November 1923 eingezahlt werden müssen.

Kirchliche Nachrichten.

? Stodach, 30. Nov. (Assicurantia Clericorum.) Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bringt es mit sich, daß zuweilen die anscheinend besten Versicherungen nicht zur Durchführung gebracht werden können. Das trifft zur Zeit auch bei der Assicurantia Clericorum zu. Man hat vor einigen Monaten beschlossen, ihre Versicherungsleistungen auf der Grundlage der Goldmark aufzubauen und, einschließlich der Versicherungssteuer im Betrag von 0,2 Goldmark vom Laufende, einen jährlichen Beitrag von 0,6 Goldmark vom Laufende der Versicherungssumme zu erheben. Nun aber erweist sich dieser Beschluß im Hinblick auf die enorme Entwertung des Geldes in der letzten Zeit und in Rücksicht auf die beschiedenen Gebälter der Geistlichen im allgemeinen als unerschwinglich. Ein Beispiel möge dies bezeugen: Ist jemand mit 5000 Goldmark versichert, so hätte er nach dem heutigen Stand der Goldmark (1 Goldmark = 15 1/2 Milliarden Papiermark) 5 x 0,6 = 3 Goldmark = 46 1/2 Milliarden Jahresbeitrag zu leisten. Davon wären 5 x 0,2 Goldmark = 1 Goldmark = 15 1/2 Milliarden Steuern auszuliefern. Bei einer Versicherungssumme von 10000 Goldmark beträgt die Versicherungssteuer 31 Milliarden und der Beitrag, der in den Nebenbestand fließt, 62 Milliarden Papiermark. Das übersteigt im allgemeinen die finanzielle Leistungsfähigkeit des Klerus. Es besteht darum die Absicht, den Verein auf eine caritative Grundlage zu stellen. Die einzelnen Mitglieder sollen angehalten werden, einen jährlichen Beitrag von mindestens einer Mark — wer in der Lage ist, möge darüber hinausgehen — zu leisten. Bei einem Wechsel soll dann zur Scholastikation zunächst der Nebenbestand beigegeben werden und in zweiter Linie die übrige Summe bei den Mitgliedern umgelegt werden. Es wird der jeweilige Schaden, und wenn er auch einen größeren Umfang darstellt, möglichst ganz erlegt werden können. Diese notwendige Umwälzung der Statuten, die nur für die schmerzliche Zeit vorgesehen ist, erfordert eine Änderung der Statuten. Es ist darum die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung notwendig. Diese wird am 15. November l. J., nachm. halb 3 Uhr, im kathol. Vereinshaus in Badolzell stattfinden.

Clericorum salaria attingens: pensio pro hebdomada 4. octobris hic diebus solvitur; numerus metandi (Messzahl) prima pars 318 000, alterius 203 000. Non nulli partem 1. iam acceptant, alii omnes accipiunt una cum altera.

Berichtsaal.

Offenburg, 30. Okt. Das Schwurgericht besaßte sich im weiteren Fortgang seiner Tagung auch mit der Ehekradde, die sich im Mai d. J. in Herffingen abgepflegt hatte. Der dort wohnhafte Tagelöhner Otto Hertwig hatte in seiner Wohnung seine Ehefrau zu Boden geschlagen, getreten und derart geschlagen, daß die Frau schwere innere Verletzungen erlitt und infolge innerer Verletzungen verstarb. Der Angeklagte war etwa 2 1/2 Jahre mit der Gefängnisstrafe bestraft, er ist ein arbeitsfähiger, geistig beschränkter, roher Mensch, der anscheinend aus Genußsucht gehandelt hat. Die Strafe sei für den Mord sehr milde aus, denn er erhielt nur 2 1/2 Jahre Gefängnis, worauf noch 5 Monate Untersuchungshaft angeordnet werden. Ferner beurteilt das Schwurgericht den in Gallingen wohnhaften Leichenbeschauer Andreas Schiff aus Reichenheim wegen Mordes, den der Angeklagte in einem Unterschlagsprozeß geschworen hatte, zu 1 Jahr Zuchthaus.

Theater und Musik.

Schwetzingen, 1. Nov. Das Badische Volkskulturtheater (St. Mannheim), das sich zur Aufgabe gesetzt hat, in mittleren und kleineren Städten, die nicht über eigene Theater verfügen, gute Bühnenspiele zur Aufführung zu bringen, führte sich hier mit halbes Schauspiel „Der Strom“ sehr gut ein.

Er beagete niemandem, der Platz war leer. Der Müller, Jakob Lanzer, ein ehrwürdiges altes Männchen, schob sich die kleine Treppe, den schwebigen unklaren, nach der Kanzel hinauf und raunte durch die bestäubten Kränze des Vorhanges dem Prediger zu: „Der Herr ist gona.“

Da fand Ziegler doch auf einmal ganz andere Worte, die er kaum überdacht und die ihm anscheinend vom Heiligen Geiste eingebläut wurden: lag nämlich mit seiner Predigt mitten in dem dogmatischen Beweis für die Rechtläubigkeit der römisch-katholischen Kirche und dann ganz unvernünftig, nach der Art gläubensstarker Missionäre, rief er zum Festhalten am annehmlichen Glauben, zum Treuebekenntnis auf, verkindigte ihnen, daß er vom Bischof berufen sei, ihr Seelsorger zu sein. Und doch alle Handlungen des abgefallenen Priesters turchmächtig und gottesräuberisch seien! Wer sich von ihm Sakramente spenden lasse, sei exkommuniziert!

Da duckte sich manch einer zusammen, als wenn er einen Schlag erhalten hätte, und nur wenige, wie der Bittgermeister und Dankel Heinrich in der ersten Reihe, schüttelten die Köpfe und lachten sich noch steifer hin. Als aber Franz mittelste, daß er von nun an oben auf der Burg wohnen und soweit es ange, den Gottesdienst abhalten würde, da warfen sie Augen des Entsetzens wie geöffnete Mäuler auf ihn hinan. Sie begriffen erst allmählich, daß sie hier in der Kirche, so lange nicht an dem Gottesdienst teilnehmen könnten, als der Prediger hier herrschte. Er, Franz Ziegler, habe die Machtvollkommenheit vom Bischof erhalten, nunmehr die Rechte auszuüben. Er hielt ein gelb leuchtendes Papier in der Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kaplan von Heiligenberg.

20) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes von Subertus-Kraft Graf Strachwitz.

Die Leute unten auf dem Platz mochten mit Unruhe durcheinander, und doch kam der Kaplan nicht zu ihnen. Er ging wieder hinauf in sein Zimmer, holte aus der Tiefe des Schicks ein amtliches Schreiben und ging hinüber zu dem jungen Mitbruder, der, erst kürzlich zum Priester geweiht, seit einigen Monaten ebenfalls in Heiligenberg angestellt war. Kaplan Kollert wollte eben die Treppe hinunter. Es traf ihn heute, das Schicksal zu halten. Ganz ungewöhnlich ernst und würdig er schien ihm Ziegler.

„Kollert, einen Augenblick. Der Herr ist abgefallen!“

„Abgefallen? — Ich wollte es nie glauben.“ — „Ich weiß, aber es ist geschehen. Wie steht es mit dir? Du bist treu?“

„Wohl sprach Ziegler, als wenn er von der Treue Kollerts überzeugt wäre, und dennoch lag ein Unterton leise, hangen Zweifels in der Frage.“

Der junge Kaplan, in sein Zimmer zurückgetreten, suchte Sekundenlang mit den Augen hin und her wie nach einem Gott. Ueber seinem Schreibtisch hing ein Etalisch, das Wortlaut seines Bischofs, der ihn geweiht hatte. Er sah die Augen mahnend, während fast ängstlich auf sich gerichtet, er erinnerte sich, als er ihm zu Füßen gelegen, Gebot man gelobt hatte, da wandte er sich um: „Keine Sorge, Ziegler, bin ich auch kein Eiferer wie du, so halte ich das, was ich dem Bischof versprochen.“

„Deo gratias!“, und Ziegler schloß ihn in seine Arme.

„Ich muß dir jetzt dieses kleine Dekret zum Lesen geben! Es besteht mir, im Augenblick des längst erwarteten Abfalls Senders die Verwaltung der Pfarrei in allen geistigen Dingen zu übernehmen. Es wird Krach geben, ein großer Teil der Gemeinde, vor allem die Beamten, werden zum Austrittigen halten.“

„Du kannst über mich verfügen.“

Kollert reichte ihm das Papier zurück und scherzte sogar ein wenig. „Nun bin ich dein Kaplan.“

Gemeinsam stiegen sie die Treppe herab. Am Portal warteten noch immer die Frauen und Kinder in ungeheurer Erregung: „Serr Kaplan,“ riefen viele, und sie meinten nur den einen, „was nun?“

„Vor allem Ruhe.“

Franz Ziegler fühlte sich wie von heiliger Mission getrauen. „Wir beide,“ und er umschlang den Kaplan, „bleiben fest. Wir werden euch betreuen. Kommt jetzt zurück in die Kirche, ich werde predigen, und dann werden wir gemeinsam den Segen Gottes auf uns herabrufen und um Starmut flehen.“

Da folgten ihm alle an die große Kirchentreppe und stellten sich in zwei Reihen auf, als wenn sie die anderen, die beim Staatspfarrer waren, retten lassen wollten. Noch einmal mahnte Ziegler zur Ruhe, dann umschritt er mit Kollert die Kirche, betrat heimwärts die Sakristei und warf sich den Chorrad über. Als er Sender den Sockel verließen sah, eilte er durch eine kleine, in die Mauer gebrochene Treppe nach der Kanzel hinauf. Viele Leute, die bereits aufgestanden waren, wurden seiner ansichtig und setzten sich wieder hin. Sie wollten den Eiferer hören, das gab eine Aufregung, die auf die Nerven geradezu angenehm wirkte

musste. Andere dagegen, die dorthin nur aus Scheu vor ihren Nachbarn sitzen geblieben, aber in ihrem Innern treu waren, schüttelten sich wie erlöst. Und wieder andere rühten unruhig hin und her, wußten nicht, was werden sollte, oder es juckte sie ein wenig die Freunde, Pfarrer gegen Kaplan und Kaplan gegen Pfarrer auftreten zu sehen. Es war so, wie man es oft am Stammtisch diskutiert hatte.

Inzwischen füllten sich wieder die Bänke mit den Frauen, die voll freudiger Erwartung wie an einem großen Fest waren. Ihre treuen, feingebildeten, vielfach noch von Tränen verklärten Augen blickten zu Franz hinauf. Er wurde ihnen zu einem Heiligen. Ganz vorn stand die Wittib. Der Kaplan suchte seine Aufregung zu meistern, er war wohl ein tüchtiger Prediger, aber doch kein Abraham a Santa Clara, der unvorbereitet ganze Serien von Predigten aus seinen weiten Rittentarmeln schütten konnte. Er hielt sich daher an den ausgearbeiteten Entwurf und erklärte zunächst das Sonntagsevangelium. Es war auf so. Pfarrer Sender sah in der Sakristei mit zerrissenen weißen Haaren und aufgestrichelten Armen, immer bereit, bei einer Widersehlichkeit des Kaplans in die Kirche hinauf zu stürzen und ihn herab zu rufen.

Gott hat aber seine eigenen Wege. Etwas in der Mitte der Predigt fühlte der Pfarrer ein starkes Unbehagen, als wenn sein Herz plötzlich aus seinem Blut bestünde, das ein Sommer in Bewegung setzte. Er erinnerte sich seines Herzlebens, auch hatte er in alter Bewohnheit, getreu den strengsten Vorschriften die Messe nichtern gelesen und noch keine Nahrung zu sich genommen. Er schwankte ein wenig unsicher, in die Höhe, verließ zum Entschluß der Ministranten die Sakristei nach dem Kirchplatz zu und ging hinüber in das Pfarrhaus.

Baden.

Zum Allerheiligen-Feiertag

Wir sind aus Karlsruhe geschrieben:
Allerheiligen hat sich bei uns in Baden als allgemeiner Feiertag eingebürgert. Jede Familie, die ein festes Fest auf dem Friedhof hat, schmückt die Gräber und macht ihre Besuche auf Gräbern lieber Verwandten und Freunde. Die katholischen Kirchen rufen in feierlichen Klängen zum Gottesdienst. Der Weg zum Friedhof gleicht einer Wallfahrt. Viele Geschäfte haben geschlossen. Man weiß, der 1. November gehört den Toten. Die Städte haben das Aussehen stiller Feiertagsstimmung. Was und wo feiert man? Allerheiligen ist ja nicht geschlicher Feiertag. Jeder kann tun und lassen was er will. Die stille andächtige Stimmung wird geföhrt von solchen, die arbeiten müssen, weil der Brotkorb sich nicht dazu aufschwingen kann, auch den Toten einen Tag zu schenken. Hierüber darf man sich nicht wundern. Die Staatsbetriebe gehen mit „gutem“ Beispiel voran. Bei den einen wird gearbeitet, bei anderen nicht. Ein Teil der Beamtenkraft freut sich der Gelegenheit, die Toten ehren zu können; ein anderer Teil vertritt auf den Pflanz und zermart sich sein Hirn warum gerade seine Gruppe arbeiten muß. Soweit wir hören, sollen die badischen Behörden gleichmäßig vorgegangen sein und Sonntagsruhe angeordnet haben. Anders die verschiedenen Reichsbehörden. Landesfinanzamt, Eisenbahndirektion und Oberpostdirektion hatten Sonntagsruhe. Die beiden letztgenannten Behörden unterstellten Stellen mit Werkstättenbetrieb mußten arbeiten. Warum? Man lasse doch gleiches Recht für alle gelten! Sind das die Ermahnungen der neuen Zeit? Ein Bild zu zeichnen, wie heute das Reich in seinen Meinungen zerfallen ist. Ober ist hier wieder der Berliner Wind schuld? Man könnte es fast annehmen. Die Eisenbahn bekommt Anweisung zum Arbeiten und die Post macht es nach. Im Gottes Willen nur keine eigene Initiative! Wir leben doch hier in Baden und nicht in Berlin! Von der badischen Regierung hätte man nicht so ernst erwarten dürfen, daß sie die Feiertagsruhe einseitig erteilt hätte. Ich meine in Baden dürfte man auf die Volkshilfe bei der Arbeit achten.

Man begreift es nicht, daß der 1. Mai gefeiert werden muß, und der 1. November, den doch der größte Teil der badischen Bevölkerung als Feiertag wünscht, der darf nicht gehalten werden. Die Zentrumsfraktion des Landtages und die Herren Reichsminister mögen doch auch hierauf ihr Augenmerk richten. Wir möchten hoffen, daß in der Folge Allerheiligen endlich einmal in Baden zum gesetzlichen Feiertag erhoben wird. Das badische Volk hat ein Recht darauf, am Allerheiligentag unbeschwert seine Geistes und Taten ehren zu dürfen. Hoffentlich ist es in nächsten Jahre anders.

Soweit die Aufsicht. Wie wir hören, hat die Frage die zuständigen Stellen schon länger beschäftigt. Daß nichts dabei herauskam als die Mitteilung, über die sich mehr oder weniger alle Interessierten einigert haben, daran soll die Schwere nicht scheitern, mit der die Sache gerade von einzelnen Stellen behandelt wurde, von denen man mehr Interesse für diese Frage hätte erwarten dürfen. Es muß natürlich einen eigenartigen Eindruck machen, wenn ein bisheriger Feiertag oder Halbfeiertag in Baden weiter dem feierlichen Regime „brüchlich“ gefeiert wird. Das hätte man uns erfahren sollen. Man verkenne die Stimmungsmomente nicht.

Abbau oder Vermehrung der Schulaufsichtsstellen.

Für der Bad. Lehrerverein, dem Drohen des katholischen Lehrervereins, wird ein Artikel der Bad. Schulzeitung besprochen, in dem Herr Hauptlehrer H. Höpft für einen Abbau der Schulaufsichtsstellen eintritt. Dazu stellt die Bad. Lehrzeitung fest, daß der Bad. Lehrerverein bisher stets das Gegenteil vertreten und noch in seinem letzten Geschäftsbericht eine Verkleinerung der Aufsichtsstellen der Kreisämter auch für die Städte gefordert habe. Die Ministerialentscheidungen, die offenbar darüber unter den Mitgliedern des Bad. Lehrervereins bestehen, sind auffallend. Vielleicht handelt es sich aber auch hier nicht um eine lediglich sachliche Einstellung zu der Frage, sondern mehr um eine persönliche. Diese Annahme legt sich nahe, weil Höpft ausdrücklich, er sei nicht der Überzeugung, daß die Vermehrung der Schulaufsichtsstellen rein aus dem Bestreben geschah, dem Zweck der Volksschule zu dienen; mag jede dies aus der Stellenbesetzung. Die politischen Parteien müßten eben in Zukunft ihre treuen Diener auf eigene Kosten und nicht auf Kosten des Staates belohnen. Aus dieser Äußerung spricht eine gewisse Enttäuschung über das, was bisher auf diesem Gebiet geschehen ist. Wenn dabei Herr Höpft wirklich nur den Vorwurf der Schule im Auge hat, dann wäre die Sache wert, gebührend zu werden. Wenn aber damit der Enttäuschung von Kreisen Ausdruck gegeben werden soll, die aus ihrer politischen oder weltanschaulichen Stellung heraus mehr für sich erwartet hatten, dann kann man über den Widerspruch ruhig zur Tagesordnung übergehen.

Das württembergische Zentrum und die bayerische Politik.

Der württembergische Innenminister Volz, der bekanntlich der Zentrumsparlei angehört, sagte am Sonntag in einer in Eßlingen gehaltenen Rede u. a.: Die Beratungen in Berlin wegen des bayerischen Konflikts waren in der Hauptsache darauf eingestellt, nicht Del ins Feuer zu gießen, sondern geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Ich bedaure die bayerische Politik. Württemberg wird der Einladung, die Politik v. Kates mitzumachen, nicht Folge leisten. Die bayerische Regierung ist nicht frei in ihren Entscheidungen, das nationalsozialistische Treiben ist der Regierung über den Kopf gewachsen. Wir in Württemberg haben die nationalsozialistische Bewegung von Anfang an unterdrückt; in dieser Beziehung mache ich keinen Unterschied zwischen den Nationalsozialisten und den Linksorganisationen. Unsere Parteigenossen und das ganze katholische Volk möchte ich vor dem Nationalsozialismus eindringlich warnen, der rein heidnisch in seinem Ursprung ist; eine Zusammenarbeit mit ihm ist nicht möglich. Die württembergische Regierung hat den Willen, sowohl gegen rechts wie gegen links gleichmäßig vorzugehen. Ich habe keine Sorge und vertraue auf unsere Politik. Wir sind parat und ich bin der festen Überzeugung, daß wir die Oberhand behalten. Meine andere Möglichkeit ist vorhanden, als eine Regierung auf mittlerer Linie. Wenn die Rechte zu uns in die Regierung herein will, dann muß sie gewisse Präzedenzfälle streichen. Sie hat während der Regierung Cuno einen Anlauf dazu genommen, während man jetzt wieder Erklärungen von rechts liest, die es unmöglich machen, mit ihr zusammenzuarbeiten. Wenn die Einheit des Reiches verloren geht, werden unsere Nachkommen uns anklagen, daß wir das höchste politische Gut des deutschen Volkes nicht zu bewahren imstande waren.

Volz hat unersetzliches Verdienst in der Beurteilung der bayerischen Politik den Nagel auf den Kopf getroffen. Man müßte blind sein, wollte nicht sehen, daß die bayerische Regierung in einer Awanstage ist und zwar heute, wie damals, als sie den Herrn von Kahr als Staatskommissar berief. Sie hoffte mit der Berufung von Kahr, der sich schon damals, als er Ministerpräsident war, nur bedingt als guter Staatsmann erwies und in der Behandlung der Beziehungen Bayerns zum Reich leider verlor, ein Unheil, das drohte, zu beschwören; sie hat aber, wie wir heute sehen, ein anderes Unheil damit heraufbeschworen. Man weiß heute nicht, was folgenreicher ist, wenn sie Kahr entläßt oder beibehält. Es ist wirklich nicht, wie man in Bayern glauben machen will, daß Württemberg und Baden und Hessen eben „marxistisch“ regiert sind und sich daher nicht hinter Bayern stellen können. Es ist vielmehr so, daß sie sich nicht hinter Bayern stellen können, weil in Bayern Kräfte tätig sind, die treiben, ohne daß die Regierung ihnen zu weichen kann, wie es im Interesse ihrer freien Entscheidung notwendig wäre. Das ist bedauerlich, weil Bayern in manchen Fragen, die auch uns am Herzen liegen, tatsächlich eine Führung übernehmen könnte.

Bunte Chronik.

„Kausle Mühsal“. Auf einer Besichtigungsreise durch den nordwestlichen Teil Preußens kam jüngst Ministerpräsident Braun mit einer Reihe von Landtagsabgeordneten und Regierungsvertretern in die Niederlausitz der Giltener Herz Jesu-Missionäre nach Johannesburg an der Elbe. Unter den Besuchern befanden sich eine Reihe Sozialdemokraten und auch ein Kommunist. Man staunte über die Kulturarbeit, die in der dortigen Moor- und Auenlandschaft der Missionäre des Deutschen Reiches von den Mönchen und ihren Jünglingen geleistet worden ist. Man sah auch einen Dorfjäger in Arbeit und war überrascht über die blühende Viehwirtschaft in der vor einigen Jahren noch so traurigen Gegend.

Der Leiter des Klosters, Vater Direktor Eiser, hielt den Gästen einen Vortrag über die Erziehung des Johannesburger Moors. Vor zehn Jahren pflanzte hier der erste Ordensbrüder das erste Bäumchen. Heute sind 800 Morgen Land kultiviert und 30 000 Tonnen Brennholz gewonnen. Und neben dieser Landwirtschaft haben die Missionäre in ebenso eifriger Arbeit die Gegendskultur betrieben und aus zehntausenden jungen Leuten, die zum Teil aus der Moorgegend herbeigekommen, gesunde, charakterfeste Männer gemacht.

Der Vortrag und das Geschehene begeisterte den sozialistischen Ministerpräsidenten Braun zu einem lebhaften Lobhymnus auf die Kulturarbeit der Ordensleute. Mancher von uns Moorarbeitern, so sagte er, hat schon häufig Gelegenheit gehabt, Moorarbeiten zu besichtigen, aber eine derart herrliche Arbeit haben wir noch nicht gefunden. Wird hier doch nicht allein landwirtschaftliche Kultur in engerem Sinne betrieben, sondern auch seelische und ethische. Und ich muß gestehen: die schöne Harmonie, die ich hier zwischen wirtschaftlicher und ethischer Arbeit gefunden habe, muß unsere Bewunderung und Anerkennung erregen. Die offenen, fröhlichen und lachenden Gesichter der Jünglinge, ihr unangenehmes, heiteres Wesen sagt mir, daß hier der rechte Geist herrscht. Niemand hat sich noch zu zufriedenen Augenblicken gefunden wie hier. Der Minister dankte den Missionären lebhaft für ihre Arbeit und versprach ihnen tatkräftige Förderung.

Karlsruhe.

Wie wird bei den Danken gerechnet? Diese Frage muß man angesichts recht eigenartiger Erfahrungen, die man beim Verkauf von fremdem Geld machen kann, stellen. Am 30. Oktober ließ jemand, der uns darüber berichtet, einen Dollar in deutsches Geld umwechseln. Er bekam 63 Milliarden und mußte 756 Millionen Steuer bezahlen. Das war bei der Darmstädter Nationalbank. Am 31. Oktober wechselte er bei der Kreditbank einen Dollar, bekam 64 Milliarden und bezahlte 20 Millionen Steuer. Am selben Tag wechselte er 2 Dollar bei Strauß u. Co., bekam 65 Milliarden und mußte 3 Milliarden an Steuer und sonstigen Gebühren bezahlen. Wer erklärt uns nun, wie diese total verschiedene Rechnung der Steuern zustande kommt?

!!! Falsche 200 Millionen-Scheine. Seit einiger Zeit ist eine große Anzahl falscher 200 Millionen-Scheine der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. der Ausgabe vom 26. September 1923 im Verkehr festgesetzt worden. Die Falschscheine haben gegenüber der Orange-Farbe der echten eine ausgeprägtere gelbe Färbung. Der Druck ist verkommen und teilweise verformt, das Wasserzeichen unbedeutend und unvollständig. Die Seriennummern sind bei einem Teil der Fälschungen ebenfalls mit fettigem, schmierigem Druck hergestellt; bei einem anderen Teil sind sie offenbar mit einem Baginierstempel hergestellt.

Colin Ross. Am Feste Allerheiligen fand in der hiesigen Konzerthalle ein Lichtbildvortrag des Orientalen Colin Ross statt, der zahlreich besucht war. Die Zuschauer und Zuhörer folgten gespannt den Ausführungen und Vorführungen über Sowjetrußland, Persien, Indochina, Arabien und Armenien. Der Vortrag wurde durch lebhaften Beifall bedacht. Eine Entgegnung des Vortragenden wolle wir nicht unerwähnt lassen. Bei der Widerwärtigkeit aus Armenien wurde auch der Herr Arrarat von ihm genannt mit dem Zusatz: „Auf dem nach der Sage in der Bibel die Arche Noah gelandet haben soll. In einem benachbarten Kloster wird noch ein Stück der Arche gezeigt.“ Durch diese Äußerung mußte sich jeder bibelgläubige Zuhörer verletzt fühlen. Ich meine, in der jetzigen schweren Zeit, in die uns nicht zum wenigsten die Folgen des allgemeinen Unglaubens gebracht haben, sollte endlich alles vermieden werden, was Gläubige nur verletzen kann. Der Wert eines Vortrags kann durch Vermeidung solcher unangebrachten Ausfälle nur gewinnen.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Ursache der Devisenkaufe.

Die Lage auf dem Geldmarkt trägt, wie uns unser Vörsenvertreter mitteilt, neuerdings Züge einer Entwicklung, die zu größter Besorgnis Anlaß gibt. Die Reichsbank wird sehr stark um Devisen bedrängt. Die Nachfrage ist ganz ungeheuer. Sie hatte feinerzeit nachgelassen, als die Reichsbank zu dem Prinzip der Vollzeittilgung überging und damit die Spekulation von der Valutaseite her traf, denn die über Bedarf angebotenen Forderungen mußten rasch befriedigt werden. Das nötigte entweder zu sofortiger Devisenabgabe bei ermäßigtem Kursniveau oder aber zur Abkung von Effektenengagements. Nachdem seit einigen Tagen der Dollarkurs in Berlin zwangseinheitslich gehalten wird, mußte notwendigerweise, da die Differenz zu Kursnotierungen an führenden, dem Einfluß der Reichsbank unzugänglichen deutschen Börsen ganz zu schweigen, von den Auslandsbörsen sehr erheblich war, die Nachfrage wieder steigen. Das führte die Reichsbank zu dem schon früher geübten System der Reparierungen. Sie wurde immer geringer und sind neuerdings bei einer Quote von etwa 10 Prozent angelangt. Teilweise hat man in den letzten Tagen die großen Aufträge überhaupt nicht berücksichtigt. Wie hoch diese Beträge waren, geht daraus hervor, daß zuletzt in die abgelaufene Woche, in die hunderttausende holländische Gulden usw. verlangt wurden. Auftritte über 60 000 Dollar und über 50 000 Gulden wurden von der Aufstellung glatt ausgeglichen, ebenso Beträge, die über 3000 englische Pfund hinausgingen.

Wir stehen also wieder einem konzentrischen Ansturm der Spekulation an den Devisenmarkt gegenüber. Unter diesen Umständen ist es sehr fraglich, ob die Reichsregierung ihren Finanzkurs noch längere Zeit erhalten kann. Man trägt sich mit dem Gedanken, plötzlich wieder die starke Nachfrage mit einer Vollzeittilgung zu befriedigen, um auf diese Weise einen erneuten Einbruch in die Spekulationsfront zu vollziehen. Der Mangel an ausreichenden Beständen hindert aber die Durchführung dieses Planes, denn die Aufträge sind von der Spekulationsseite gerade im Hinblick auf solche Möglichkeiten jetzt so hoch gestiegen worden, daß eine volle Tilgung gar nicht mehr möglich wäre, weil die Reichsbank über die entsprechenden Devisen nicht verfügt.

Sehr bemerkenswert ist, daß der Kaufantrieb am Devisenmarkt, soweit er nicht von spekulativem Interesse beherrscht ist, gefördert wird durch das beispiellose Hochsteigen der Lebensmittelpreise. Es ist ein ungeheurer Zustand, daß beispielsweise in Berlin trotz stagnierender Dollars teilweise die Lebensmittel eine Höhe erreicht haben, die einem Dollarkurs von nahezu 300 Milliarden Mark gleichkommen würde. Diese Dinge sind in der Hauptstadt mit daran schuld, daß die Devisenkurse so ungeheuerlich in die Höhe gingen. Die Preiskontrolle für den Großhandel liegt noch sehr im Argen. Die kleinen Händler sind gar nicht mehr in der Lage, auch nur einen Bruchteil ihres Bedarfs auf diese Preise einzukaufen. Hier bleibt der Regierung ein weites Feld zu kräftigen Eingriffen noch offen.

Die Verordnung über den Handel mit Goldanleihe zum Einheitskurs.

Amlich wird unter dem 2. November folgende Verordnung der Reichsregierung über den Handel mit Goldanleihe zum Einheitskurs veröffentlicht:

1. Die Vorschriften der Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschatanweisungen zum Einheitskurs vom 22. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt I, Seite 199) finden auf den Erwerb und die Veräußerung von weisbüchlicher Anleihe des Deutschen Reiches entsprechende Anwendung.

2. Kaufweisbüchliche Anleihe des Deutschen Reichs darf als Kaufpreis für Waren oder Wertpapiere nur zum letzten amtlichen in Berlin notierten Kurs des Tages des Geschäftschlusses hingekauft und angenommen werden und zwar zum Geld- oder Briefkurs oder einem dazwischen liegenden Kurse. Bei Preisfeststellung in einer ausländischen Währung oder in Goldmark kann die Eingabe und Annahme auch mit der Maßgabe erfolgen, daß die Zahlung der Goldmark oder des auf Dollar umgerechneten Betrags der ausländischen Währung in wertbüchlicher Anleihe des Deutschen Reichs zum Nennwert erfolgt, die Einräumung eines

Willy Altendorf sprach am Mittwochabend im gut besetzten Eintrachtsaal über die Macht der Gedanken. Der gute Besuch bewies uns, daß das Publikum heute für solche Thematika sehr empfänglich ist — ein Fingerzeig für jene, die wirkliche Aufklärung zu bieten haben. Wir hatten allerdings den Eindruck, als ob das anwesende Publikum zu einem größeren Teil etwas anderes erwartet hätte, als der Redner in seinem zweieinhalbstündigen Vortrag bot. Das Lobenswerte an dem Vortrag lag in der Betonung der Gedanken und Willensmacht gegenüber dem jämmerlichen Zustand der äußeren Verhältnisse im deutschen Volk. Das Fundamentalgeseh der Seele sieht der Vortragende darin, daß jeder Gedanke die Tendenz zu seiner Verwirklichung habe. Nicht das was sich den Sinnen bietet, ist deshalb das Wirkliche und eigentlich Bewegende in der Welt, sondern das was gedacht und konsequent gewollt wird. Und auf diesem Wege allein kann das deutsche Volk wieder zur Höhe steigen. Das ist ganz richtig; aber der Redner müßte seinen Vortrag unbedingt plastischer gestalten, ihn gebanklich und formell strenger zusammenfassen; auch dürfte er nicht die Experimente, die notwendig sind zur Verlebendigung der mehr abstrakten Ausführungen, erst vornehmen, nachdem die Zuhörer durch die 2 1/2 Stunden hindurch in ewig gleichem Pathos gehaltenen Darlegungen föhlich ermüdet sind. Wenn er diese Punkte nicht praktisch bewirkt, wird ihm sein Publikum nicht durch vier weitere Vorträge hindurch treu bleiben.

Preispreiserhöhung. Zur neuerlichen Preispreiserhöhung wird uns vom Bürgermeisteramt mitgeteilt, daß die tägliche Festsetzung des Preispreises nach dem jeweiligen amtlichen Dollarkurs des vorhergehenden Tages nicht länger mehr zu umgehen ist, wenn der Zusammenbruch der städtischen Finanzen mit allen sich daraus ergebenden Folgen für die Allgemeinheit verhärtet werden soll.

Umrundung bei städtischen Kassen. Städtische Forderungen (Steuern, Gebühren usw.), sowie alle Umrundungen über Zahlungen der Stadt an Lieferanten, Sandwerker usw. werden für die Folge in ihren Einbeträgen auf volle Millionen Mark nach unten abgerundet.

Neue Festgebühren ab 5. November. Postkarte (Ort) 200, (Fern) 500, Ortsbrief bis 20 Gr. 500, bis 100 Gr. 600 Millionen, bis 250 Gr. 1 Milliarde, bis 500 Gr. 1,2 Milliarden, Fernbrief: bis 20 Gr. 1, bis 100 Gr. 1,4, bis 250 Gr. 1,6, bis 500 Gr. 1,8 Milliarde; Drucksachen: bis 25 Gr. 200 Millionen, bis 50 Gr. 400, bis 100 Gr. 600 Millionen, von 500 Gr. bis 1 Milliarde, bis 50 Milliarden 2 Milliarden; Gebühr für Einzelschreiben 1, für Einzelschreiben 2 Milliarden. Selbstverständlich werden auch höhere Postwertzeichen herausgegeben werden.

Die neuen Devisenverordnungen.

Nach amtlicher Verlautbarung fällt künftig, wenn das Finanzamt den Erwerb ausländischer Zahlungsmittel genehmigt hat, bei allen kleinen Beträgen die Mitteilung an den Kommissar für Devisenverwaltung fort. Firmen, die regelmäßig Devisen erwerben und abgeben, brauchen kein besonderes Devisenbuch mehr zu führen. Auch fällt die wöchentliche Meldung. Bis zum 30. November ist die Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Warenverkehr zugelassen. Verboten bleibt, solche Zahlungen zu fordern oder solche Zahlungsmittel zur Bezahlung der Waren zu erwerben. Endlich ist das Verbot der Preisfeststellung im Großhandel auch für den Einzelhandel beseitigt. Die Reichsregierung wird die Annahme der Papiermark als Zahlungsmittel, wenn es sein muß, auch mit schärffsten Mitteln, durchsetzen.

Der badische Pächterverband gegen die Pächterpreiserhöhung.

Karlsruhe, 1. Nov. Der über 12 000 Mitglieder zählende badische Pächterverband hat eine Eingabe an den badischen Landtag gerichtet, worin gegen die schematische Anwendung des Weizenpreises bei Verpachtungen Einsprüche erhoben sind. Der Widerspruch gegen die vom badischen Finanzministerium zugelassene Entziehung der Pächterpreise für Grundstücke in Weizenpreisen hat sich schon früher in den Kreisen der Pächter geltend gemacht. Die Pächter verlangen, daß die Pächterpreise den örtlichen Verhältnissen unter Beachtung einer Kommission anzupassen sind. Die Zahlung der Pächterpreise ohne einschneidende Bestimmungen in Weizen wird von den Pächtern für unerschwinglich angesehen, da die Weizenpreise entsprechend dem Dollarkurs oder dem Goldmarkpreis eine exorbitante Höhe erreicht haben.

Mannheimer Brotpreiserhöhung vom 1. November.

Infolge des Allerheiligentages, wie die Donnerstagsbörse einen schwachen Besuch auf, aber auch die wenig anwesenden Interessenten gingen nicht in das Geschäft. Die Stimmung war sehr fest, doch herrschte selbst ansehnlicher dem geringem, am Markt befindlichen Material allseits eine Zurückhaltung. Preise wurden wegen der ungemessenen Lücke nicht festgesetzt. Für Raufutter hörte man Forde-

al.

ensio pro habomade rus metandi (Messzahl) 000. Non null partem tenet una cum altera.

Musik.

Badische Volks- (u. a.) das sich zur Auf- kleineren Städten, die „gute“ Bühnenwerke sich hier mit Halbes ein.

Platz war leer.

„Platz war leer.“ Ein ehrwürdiges altes Treppe, den Glüh- hinauf und raunte es. Vorhanges dem „Jana.“

inmal ganz andere

inmal ganz andere wie die ihm anseh- geblüht wurden: mitteln in dem doge gläubigkeit der rö- ganz unvermittelt, Missionäre, rief er in Gläubigen, zum ihnen, daß er vom er zu sein. „Id daß „Presters unersch- Wer sich von ihm reformumistiert — ummen, als wenn er hat nur wenige, wie einriech in der groß- se und festen sich in mittelste, daß er wohnen und soweit würde. Da mo- wie geöffnete Büch- ritten erst allmäh- so lange nicht an der könnten, als der Bieder, habe die of erhalten, nun- Er hielt ein geß

Ein Konzert zu Gunsten der Ausreisenden findet heute abend 8 Uhr in der Wohnung des Herrn von Ernst.

